

CLAUS DIETER CLASSEN

Religionsfreiheit und Staatskirchenrecht in der Grundrechtsordnung

Jus Publicum

100

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 100



Claus Dieter Classen

Religionsfreiheit und Staatskirchenrecht in der Grundrechtsordnung

Zur besonderen Bedeutung
der religionsverfassungsrechtlichen Garantien
im Lichte der allgemeinen Grundrechtsdogmatik

Mohr Siebeck

Claus Dieter Classen, geboren 1960; Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Würzburg, Aix-en-Provence und Tübingen; 1984–1993 Assistent an der Universität Tübingen, daneben 1986–1989 Referendariat; 1987 Promotion, 1993 Habilitation in Tübingen; 1994 zunächst Professor für Öffentliches Recht an der Universität Trier, dann für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht an der Universität Greifswald.

978-3-16-158019-2 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148129-1

ISSN (0941-0503 Jus Publicum)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2003 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Rottenburg/N. aus der Garamond Antiqua gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Vorwort

Wer seinen Lebensmittelpunkt in Deutschland vom Westen in den Osten verlegt, stellt einen deutlichen Unterschied im Grad der gesellschaftlichen Verankerung von Religion fest. Diese Einsicht gab den Anlass zu einer intensiveren Beschäftigung mit der Religionsfreiheit und ihrer institutionellen Ausprägung, dem Staatskirchenrecht. Ein weiterer Anreiz zu diesem Vorhaben ergab sich aus den Kontakten zur Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Greifswald und zur Pommerschen Evangelischen Kirche, die sich zunächst aus Aufgaben in der akademischen Selbstverwaltung ergaben, die aber bald auch die fachliche Ebene erreichten. Dabei konnte ich anknüpfen an Verbindungen, die mein früherer Fakultätskollege, Herr Stefan Koriath, vor seinem Wechsel nach München zur Theologischen Fakultät und zur Kirche hergestellt hatte.

Für die Erledigung zahlreicher Schreibarbeiten sowie für sonstige vielfältige Unterstützung danke ich meiner Sekretärin, Frau Annelie Schulz. Dem Verlag Mohr Siebeck gilt mein Dank für die bereitwillige Aufnahme dieser Schrift in die Reihe »Jus Publicum«. Meine Familie hat mir nicht nur vielfältige Einblicke in die gesellschaftliche Wirklichkeit jenseits der Universität verschafft, sondern auch die Lebensfreude, die für die Vollendung eines Buchprojektes notwendig ist.

Greifswald, im April 2002

Claus Dieter Classen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungen	XI
 Einführung	 1
I. Problem	1
II. Fragestellung	3
1. Religionsfreiheit und allgemeine Grundrechtsdogmatik	3
2. Zum Verständnis der staatskirchenrechtlichen Garantien der Art. 136 ff. WRV	5
3. Verkenntung der Spezifität von Religion?	9
4. Internationale und rechtsvergleichende Perspektiven	12
a) Allgemeines	12
b) Konkretes Beispiel: Der Blick nach Frankreich	13
c) Zunehmende Einwirkung des Gemeinschaftsrechts	15
III. Gang der Untersuchung	18
 Erster Teil: Inhaltliche Probleme der Religionsfreiheit	 21
I. Begriff der Religion	21
1. Grundlagen	21
2. Religion als zwingend gemeinschaftliches Phänomen	22
a) Zur damit möglichen Differenzierung zwischen Religions- und Gewissensfreiheit	23
b) Missachtung des individualrechtlichen Charakters der Religionsfreiheit?	26
3. Sozialschädlichkeit als Ausschlussstatbestand?	29
4. Religionsfreiheit und wirtschaftliche Betätigung	30
a) Diskussionsstand	30
b) Vergleich mit der allgemeinen Grundrechtsdogmatik	32
c) Schlussfolgerungen für die Religionsfreiheit	34

II. Reichweite der Religionsfreiheit	35
1. Entwicklung der Rechtsprechung	35
2. Probleme	41
3. Vergleich mit der allgemeinen Grundrechtsdogmatik	43
4. Bisherige Lösungsansätze	44
a) Kleinere Schutzbereichskorrekturen	44
aa) Beschränkung der Religionsfreiheit auf herkömmliche	44
Verhaltensweisen?	44
bb) Staatliche Kompetenzen als Schutzbereichsgrenze?	45
cc) Bezug zu einer Religionsgemeinschaft?	46
dd) Religionsfreiheit als Schutz nur von religiösen Pflichten?	47
b) Beachtung der Spezifität von Art. 4 GG	47
aa) Ausklammerung nicht spezifisch religionsbezogenen	47
Handelns?	47
bb) Begrenzung der Religionsfreiheit auf die in Art. 4 Abs. 1	49
und 2 GG genannten Elemente?	49
c) Überprüfung von Eingriffs- und Schrankendefinition	51
aa) Neudefinition des Eingriffsbegriffs?	51
bb) Neudefinition des Schrankensystems unter Heranziehung	51
von Art. 136 WRV?	51
5. Eigenes Konzept	54
a) Grundlagen	54
b) Kritik	57
c) Parallelität zu Art. 9 EMRK	59
6. Konsequenzen für den Schutz von Religionsgemeinschaften	60
a) Grundlagen	60
b) Einzelheiten	62
7. Praktische Folgen	64
Zweiter Teil: Organisation von Religion	69
I. Problemüberblick	69
1. Grundlagen	69
2. Hierarchisch strukturierte Religionsgemeinschaften	71
3. Religionsgemeinschaften ohne (formale) Organisationsstruktur	74
a) Realer Hintergrund	74
b) Konsequenzen für die individuelle Glaubensfreiheit	76
c) Konsequenzen für die Rechte der Religionsgemeinschaften	77
aa) Islamischer Religionsunterricht	77
bb) Weitere Probleme	80

II. Lösungsansätze	81
1. Staatliche »Hilfe« bei der Grundrechtsverwirklichung?	82
a) Problematik	82
b) Vergleich mit der allgemeinen Grundrechtsdogmatik	84
c) Eigener Ansatz	85
2. Religionsgemeinschaften und religiöse Vereine	87
a) Zur Rechtsprechung	87
b) Probleme und Kritik der Rechtsprechung	90
c) Vergleich mit der allgemeinen Grundrechtsdogmatik	95
d) Eigener Ansatz	96
aa) Begriffliche Abgrenzung	96
bb) Personale Reichweite	99
e) Besonderheiten beim Religionsunterricht	101
aa) Institutionelle Fragen	101
bb) Mitgliedschaftsrechtliche Fragen	102
 Dritter Teil: Reichweite des Selbstverwaltungsrechts der Religionsgemeinschaften	 105
I. Grundfragen	105
1. Allgemeines	105
2. Schranken	108
a) Grundlagen	108
b) »Für alle geltenden Gesetze« und allgemeine Rechtsordnung	111
aa) Diskussionsstand	111
bb) Eigene Position	113
3. »Ordnung«: Zur Legitimation von religiösem Recht	114
a) Bisherige Diskussionen	114
b) Eigener Ansatz	115
c) Einzelprobleme	118
4. »Verwaltung«: Konsequenzen für die Entscheidungsgewalt im Einzelfall	 122
a) Zuständigkeit der staatlichen Gerichte als Folge des Justizgewährleistungsanspruches	 122
b) Beurteilungsfreiräume von Religionsgemeinschaften in staatlichen Gerichtsverfahren	 126
c) Parallelen zu anderen Organisationen	128
d) Religionsgemeinschaftliche Gerichte	132

II. Einzelfragen	135
1. Organisationsrecht	135
2. Individuelles Dienst- und Arbeitsrecht	138
a) Loyalitätspflichten auch mit Blick auf das Privatleben	139
b) Kreis der Pflichtunterworfenen	144
c) Quis iudicabit?	146
aa) Grundsätzliches	146
bb) Zur Güterabwägung	148
d) Zum Konsequenzgebot	151
e) Loyalitätsanforderungen und religiöse Vereine	154
f) Europäische Perspektiven	154
3. Kollektives Arbeitsrecht	156
a) Diskussionsstand	156
b) Probleme	158
c) Zur vollständigen Befreiung vom BetrVG	160
d) Sonderwege bei der Ausgestaltung der Betriebsverfassung	164
e) Europäische Perspektiven	167
4. Wirtschaftliche Betätigung der Kirche	170
a) Organisation der beruflichen Bildung	170
b) Krankenhausorganisation	171
5. Religionsgemeinschaften und ihr Vermögen	173
a) Insolvenzverfahren	173
b) Vermögenszuordnung bei Neuorganisationen	175
Schluss	176
I. Zusammenfassung	176
II. Ausblick	180
Literaturverzeichnis	183
Stichwortverzeichnis	183

Abkürzungen

In den Fußnoten verwendete, nicht allgemein bekannte bzw. übliche Abkürzungen:

AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AK	Alternativkommentar zum Grundgesetz
BK	Bonner Kommentar zum Grundgesetz
CD	Collection of Decisions
ChGR	Europäische Grundrechte-Charta
D	Recueil Dalloz
DB	Diskussionsbeitrag
DR	Decisions and Reports
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
GS	Gesammelte Schriften bzw. Gedächtnisschrift
HStKiR	<i>Listl/Pirson</i> (Hrsg.), Handbuch des Staatskirchenrechts
HStR	Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts
JEV	Jahrbuch für Europäische Verwaltungsgeschichte
MüHBArbR	Münchener Handbuch des Arbeitsrechts
MüKo/BGB	Münchener Kommentar zum BGB
MüKo/ZPO	Münchener Kommentar zur ZPO
RDP	Revue du droit public et de la science politique en France et à l'étranger
RFDA	Revue française de droit administratif
RJC	Recueil de jurisprudence constitutionnelle, hrsg. von Louis Favoreu, 1994

Einführung

I. Das Problem

In der Frühzeit der Bundesrepublik Deutschland war die religiöse Landschaft übersichtlich strukturiert. Der weit überwiegende Teil der Bevölkerung gehörte einer der beiden großen christlichen Kirchen an. Andere Religionen waren in Zahl und Größe überschaubar. Dementsprechend konnte sich die Dogmatik von Religionsfreiheit und Staatskirchenrecht in einem klar konturierten Rahmen entwickeln. Breitenwirkung entfaltete die Religionsfreiheit nur mit Blick auf die großen christlichen Kirchen; Angehörige anderer Religionsgemeinschaften kamen allenfalls in individuellen Sondersituationen mit dem Recht in Konflikt. So musste sich denn die Dogmatik der individuellen Religionsfreiheit primär hinsichtlich der Angehörigen der christlichen Kirchen bewähren. Noch stärker galt dies für deren institutionelle Seite, die schon begrifflich durch die Bezeichnung »Staatskirchenrecht« ausdrücklich an christliche Tradition anknüpft¹.

Seit einiger Zeit ist diese Situation im Wandel begriffen. Zwei Tendenzen sind zu nennen. Zum einen wächst die religiöse Vielfalt (nicht nur) in Deutschland. Immer weniger Menschen fühlen sich von den christlichen Kirchen angesprochen, von den Antworten überzeugt, die diese auf die Frage nach dem Sinn des Lebens geben. Stattdessen werden bei der Suche nach dem seelischen Heil zunehmend andere Quellen in Anspruch genommen². Einen weiteren wichtigen Faktor bei der »religiösen Diversifizierung« der Bundesrepublik bildet die anhaltende Zuwanderung aus dem Ausland: Immer mehr Menschen bringen in kontinuierlich steigendem Maße fremde religiöse Lehren mit sich. Insbesondere der Islam ist hier zu

¹ Zur Diskussion um diesen Begriff siehe etwa *Hollerbach*, HStR VI, § 138 Rn. 1 ff.; *Hense*, in: *Haratsch u.a., Religion*, S. 9 ff.

² *Isensee*, FS Listl, S. 67 (84); *Muckel*, ebd., S. 239; *Huber*, Staatskirchenrecht, S. 126. Siehe auch (mit Blick auf Frankreich) *Dorsner-Dolivet*, D. 2002, 1086, für Europa insgesamt *Rémond*, Religion, S. 281 ff.

nennen³. Diese fremden Religionen stehen nicht nur in ihren inhaltlichen Lehren den abendländischen Traditionen distanziert gegenüber. Auch in Äußerlichkeiten wird eine starke ausländische Prägung deutlich – sei es beim »Islam, der sich an die abendländischen Zuordnungsprinzipien nicht bequemen will«⁴, sei es bei der Scientology church, die mit ihrem ökonomischen Gepräge ihre US-amerikanische Herkunft nicht verleugnen kann⁵. Eine praktische Folge dieses steigenden Einflusses fremder Religionen ist etwa die Tatsache, dass immer häufiger Personen vor Gericht auftreten, die unter Berufung auf die Religionsfreiheit Befreiung von staatlichen Zwängen erwirken wollen⁶. So hat sich der Gesetzgeber jüngst veranlasst gesehen, das »Religionsprivileg« des § 2 Abs. 2 Nr. 3 VereinsG zu streichen, das Religionsgemeinschaften aus dem Anwendungsbereich dieses Gesetzes ausklammerte – und dies, obwohl diese Ausnahme nach zum Teil in der Literatur vorgetragener Auffassung durch Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 WRV geboten war⁷. Dementsprechend ist die Religionsfreiheit heute weniger von Bedeutung in ihrer Funktion als Schutz vor Normen, die speziell die Religion beschränken sollen. Vielmehr betreffen die meisten Konflikte Gesetze, die als solchen keinen besonderen Bezug zur Religionsfreiheit aufweisen, sondern Bestandteil der »allgemeinen Rechtsordnung« sind.

Zum anderen hat die deutsche Einheit dazu geführt, dass in einem nicht unerheblichen Teil Deutschland ganz generell das Phänomen »Religion« im Allgemeinen, die christlichen Traditionen im Besonderen aus dem Bewusstsein der Allgemeinheit herausgerückt sind. So dürfte die gesellschaftliche Verankerung der christlichen Kirchen in einigen Teilen Deutschlands mittlerweile hinter der Bedeutung des Islam in anderen zurückstehen. Diese Entwicklung hat zwar als maßgebliche Ursache die kirchenfeindliche Politik der SED-Diktatur und ist von daher zu verurteilen. Dies ändert jedoch nichts an der heute bestehenden Situation als solcher. Sie nimmt im

³ Aufschlussreiche Zahlen geben *Rohe*, *RabelsZ* 64 (2000), 256 (257 f.); *Hillgruber*, *JZ* 1999, 538 (539); *Lemmen*, *Muslims*, S. 36, 40 f. (mit Hinweis auf die Schwierigkeiten statistischer Erfassung).

⁴ So v. *Campenhausen*, *Staatskirchenrecht*, S. 92.

⁵ Dazu VG Berlin, *NJW* 1989, 2559 (2560).

⁶ *Schoch*, FS Hollerbach, S. 149 (150); *Trute*, *Jura* 1996, 462 mit zahlreichen Nachweisen in Fn. 1; *Lemmen*, *Muslims*, S. 230; vgl. ferner *Kästner*, *Justizhoheit*, S. 8.

⁷ So *Hesse*, *HStKiR* I, S. 521 (523); v. *Campenhausen*, *Staatskirchenrecht*, S. 145; vgl. auch *Morlok/Heinig*, *NVwZ* 1999, 697 (704).

Übrigen möglicherweise vorweg, was im Westen Deutschlands – wie auch sonst in Europa – mittelfristig zu erwarten ist⁸.

Die Folgen dieser Entwicklungen sind nicht nur quantitativer Natur. So konnte man in der Vergangenheit davon ausgehen, dass ein grundlegender Unterschied zwischen den großen christlichen Kirchen einerseits und den anderen, kleineren Religionsgemeinschaften andererseits darin bestand, dass letztere vom Staat im Grundsatz nur Schutz für den Freiraum erwarteten, den sie zur Wahrung ihrer Spezifität benötigten. Einen Anspruch auf Platz im öffentlichen Leben, wie sie erstere als Repräsentanten der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung zu Recht erhoben, konnten und wollten sie gar nicht geltend machen⁹. Heute können die Kirchen diesen Anspruch nicht mehr uneingeschränkt erheben, und in ihren Reihen gibt es etliche Stimmen, die dies auch gar nicht wollen. Andere Religionen wiederum, die von ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung her einen solchen Anspruch geltend machen könnten, sind nicht in vergleichbarer Weise zur Integration in das Gemeinwesen willig und fähig. Ein Beispiel, an dem sich dies besonders gut zeigen lässt, stellt die Schule dar. So formuliert das BVerfG noch im Jahre 1979, dass christliche Bezüge im Unterricht nicht schlechthin verboten sind, »mag auch eine Minderheit der Erziehungsberechtigten keine religiöse Erziehung wünschen.«¹⁰ Was aber, wenn – wie in Teilen Deutschlands bereits der Fall¹¹ – die Mehrheit dies nicht mehr will?

II. Fragestellung

1. Religionsfreiheit und allgemeine Grundrechtsdogmatik

Diese Entwicklungen sollen zum Anlass genommen werden, das etablierte Verständnis der Religionsfreiheit nach Art. 4 GG und der Garantie der religiösen Selbstverwaltung, die insbesondere in Art. 137 Abs. 3 WRV i.V.m. Art. 140 GG verankert ist, in der Form, in der sich beide in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgericht und in der Literatur entwickelt haben, auf den Prüfstand zu stellen. Die bisher entwickelte Dogmatik zeigt sich nämlich nicht in jeder Weise gerüstet, die Herausforderungen zu be-

⁸ Zur Entwicklung in Europa insgesamt siehe *Rémond*, Religion, S. 261 ff.

⁹ Dazu *Heckel*, GS IV, S. 1049 f.

¹⁰ BVerfGE 52, 223 (237).

¹¹ *Langenfeld*, Integration, S. 335.

wältigen, die mit den dargestellten Veränderungsprozessen einhergehen. So eröffnet das im Grundsatz sehr weitgehende Verständnis von der Reichweite der Religionsfreiheit ganz erhebliche Spielräume für religiös motiviertes Handeln. Wegen der aus heutiger Sicht früher bestehenden weitgehenden religiösen *Homogenität* der Bevölkerung entstand hieraus lange Zeit kaum ein größeres Problem. Heute ist die Lage anders. Die Folge ist, dass es vielfach ausgesprochen schwer fällt, klar abzugrenzen, welche Verhaltensweisen noch von der Religionsfreiheit gedeckt werden; Art. 4 und 140 GG drohen, allgemeine Freiheitsrechte mit religiösem Deckmantel zu werden.

Weiterhin zeigt sich, dass in bestimmten Situationen das Verständnis der Religionsfreiheit nur vermeintlich großzügig ist. Tatsächlich aber ist es in seinen realen Strukturen eben doch stark von christlichen Vorverständnissen geprägt. Dies wird etwa deutlich, wenn es um Rechte der Religionsgemeinschaften geht, hinter denen ja regelmäßig auch Gläubige stehen. Das Problem des islamischen Religionsunterrichts steht allen vor Augen. Und was wäre, wenn islamische Organisationen die Freiräume beanspruchten, die den Kirchen seit langem zugebilligt werden, etwa mit Blick auf die Gerichtsbarkeit und die Betriebsverfassung? Die Kirchen haben hier Äquivalente geschaffen, aber ohne dass dies immer (ausdrücklich) vom staatlichen Recht gefordert wird. Kann man also dennoch auch anderen Religionsgemeinschaften diese Freiräume zubilligen?

Das Gebot, Pluralität rechtlich angemessen zu bewältigen und zugleich den Schutzbereich eines Grundrechts klar definieren zu können, ist nun von anderen Grundrechten her durchaus vertraut. Bei der Meinungs-, der Wissenschafts- und der Kunstfreiheit etwa gibt es insoweit einen reichen Erfahrungsschatz. Dieser soll in der vorliegenden Arbeit für die Religionsfreiheit fruchtbar gemacht werden. Insgesamt geht es also darum, die Religionsfreiheit in der Grundrechtsordnung systematisch überzeugend zu verorten. Hinsichtlich des Schutzbereiches gilt es einerseits, klare Kriterien für die Abgrenzung im Verhältnis zu den anderen Grundrechten zu finden. Andererseits müssen diese auch im Verhältnis zur allgemeinen Grundrechtsdogmatik konsistent sein. Mit Blick auf den Inhalt dieser Freiheit sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Verhältnis der Religionsfreiheit und den anderen Grundrechten, insbesondere der geistigen Freiheiten, herausgearbeitet und die bei anderen Grundrechten gefundenen Lösungen auf ihre Anwendbarkeit auf die Religionsfreiheit untersucht werden. Bei diesen Gedanken geht es nicht darum, die Unterschiede zwischen den verschiedenen Freiheitsrechten einzuebneten. Vielmehr soll klar-

gestellt werden, was durch den Unterschied im Tatbestand spezifisch gerechtfertigt ist. Unterschiede im Verständnis zwischen der religiösen Vereinigungsfreiheit und dem Selbstverwaltungsrecht der Religionsgemeinschaften im Vergleich zur Vereinigungsfreiheit nach Art. 9 GG etwa sollten zwingend und in vollem Umfang durch Besonderheiten des Phänomens »Religion« gerechtfertigt werden. Hinter dieser Fragestellung steht die Leitvorstellung, dass Dogmatik vor allem dann zur Rationalität des juristischen Diskurses beizutragen vermag, wenn sie kleinteilige Denkansätze überwindet, indem sie großflächige Erklärungsmuster anbietet.

2. Zum Verständnis der staatskirchlichen Garantien der Art. 136 ff. WRV

Der vorstehend entwickelte Gedanke einer Überprüfung der zu Art. 4 GG entwickelten Interpretationsgrundsätze am Maßstab der allgemeinen Grundrechtsdogmatik mag nun noch naheliegen, soweit es um die individuelle Religionsfreiheit geht. Schwerer ist seine Überzeugungskraft zu begründen, soweit es um die institutionellen Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften geht. Insoweit hält nämlich das Grundgesetz in Art. 140 in Verbindung mit den dort genannten Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung einen eigenständigen Normenkomplex bereit, den es in dieser Form für die anderen Grundrechte nicht gibt. Zwei Überlegungen lassen es jedoch sinnvoll erscheinen, den dargestellten Ansatz auch hier zu verfolgen. In ständiger Rechtsprechung geht das BVerfG davon aus, dass Art. 4 GG in gewisser Weise die zentrale Norm für alle Religionsfragen darstellt. Dementsprechend hat es schon früh betont, dass Art. 136 ff. WRV mit ihrer Übernahme in das Grundgesetz nunmehr mit diesem eine Einheit bildeten. Sie sind also nicht primär im Lichte der ursprünglichen Entstehungsgeschichte und der damals verfolgten Zielsetzung der (endgültigen) Ablösung des (evangelischen) Staatskirchentums bzw. des landesherrlichen Kirchenregiments¹² zu sehen, sondern im Lichte der grundgesetzlichen Wertordnung¹³. Erst jüngst betonte das Gericht, dass Art. 4 GG maßgeblich das Wirken und den Status von Religionsge-

¹² Zur historischen Entwicklung siehe v. Campenhausen, Staatskirchenrecht, S. 33 ff., 38 ff.

¹³ BVerfGE 19, 216 (218); 53, 366 (400); Renck, BayVBl. 1999, 70 (73); Hesse, HStKiR I, S. 521 (530).

meinschaften prägt¹⁴, dass »die Gewährleistungen der Weimarer Kirchenartikel ... funktional auf die Inanspruchnahme und Verwirklichung des Grundrechts der Religionsfreiheit angelegt« sind¹⁵. Beispiele sind die faktische Verdrängung der in Art. 136 Abs. 1 WRV enthaltenen und über Art. 140 GG übernommenen Schrankenregelungen für die Religionsfreiheit durch Art. 4 GG¹⁶ oder auch die Möglichkeit, unter Berufung auf Art. 4 GG Verfassungsbeschwerden zu erheben, in denen es in der Sache jedoch um die ausdrücklich in Art. 137 Abs. 2 WRV garantierte religiöse Vereinigungsfreiheit¹⁷, das in Abs. 3 verankerte Selbstverwaltungsrecht¹⁸, die Kirchengutsgarantie des Art. 138 Abs. 2 WRV¹⁹, ja sogar den Zugang zum öffentlich-rechtlichen Körperschaftsstatus nach Art. 137 Abs. 5 WRV ging²⁰.

Besonders auffällig ist dabei, dass das Verhältnis von Art. 4 GG zu den über Art. 140 GG rezipierten Weimarer Normen in der Regel nicht näher erörtert wird. Nachdem (im Zusammenhang mit dem Kirchensteuerrecht) in frühen Entscheidungen des BVerfG die heute noch geltenden staatskirchenrechtlichen Normen über Art. 2 Abs. 1 GG subjektivrechtlich bewehrt wurden²¹, zieht das Gericht seit Jahren im Rahmen der Prüfung der Zulässigkeit einer Verfassungsbeschwerde allein Art. 4 GG heran. Bei der Erörterung der Begründetheit wurde dann vielfach auf die aus der Weimarer Zeit übernommenen Normen als »nächstliegendem Maßstab« rekurriert²²; nur im Kirchensteuerrecht bildet Art. 4 auch den Maßstab für die materielle Prüfung²³. In der Literatur ist diese »grundrechtsorientierte Auslegung« der in Art. 140 GG erwähnten Artikel ebenfalls weitgehend anerkannt²⁴ und nur in Einzelheiten umstritten. Teilweise wird Art. 4 GG

¹⁴ BVerfGE 102, 370 (395).

¹⁵ Ebd., S. 387.

¹⁶ BVerfGE 33, 23 (30 f.).

¹⁷ BVerfGE 83, 341 (354 ff.).

¹⁸ BVerfGE 42, 330 (322); 46, 73 (85); 53, 366 (391); 70, 138 (162).

¹⁹ BVerfGE 99, 100 (119 f.).

²⁰ BVerfGE 102, 370 (387, 393).

²¹ BVerfGE 19, 226 (237); 19, 242 (247); 19, 268 (273).

²² Vgl. BVerfGE 42, 330 (326); 53, 366 (390); 57, 220 (241); 70, 138 (162).

²³ BVerfGE 44, 37 (49); 44, 59 (66); 55, 32 (36).

²⁴ Siehe dazu etwa *Badura*, HStKiR I, S. 211 (222); *Hesse*, ebd., S. 521 (526); *Starck* und *Oeter*, DB, in: Grote/Marauhn, Religionsfreiheit, S. 589 bzw. 590; *Heckel*, GS IV, S. 648; *Walter*, in: Grote/Marauhn, Religionsfreiheit, S. 215 (236); *Oellers-Frahm*, ebd., S. 471 (494); *Korioth*, GS Jeand'Heur, S. 221 (231); *Hollerbach*, HStR VI, § 138 Rn. 108; ferner die Nachweise in den beiden nachf. Fn.

als grundrechtliches Fundament der Art. 136 ff. WRV gesehen²⁵. Teilweise wird zwar betont, dass die Weimarer Artikel über die Religionsfreiheit hinausgehen, diese ergänzen, doch wird zugleich auch der (materielle) grundrechtliche Charakter der Norm betont²⁶.

Kritik an diesem Grundverständnis der Weimarer Kirchenartikel wird allerdings zum einen mit dem Argument geübt, dass allein Art. 4 GG im Wege einer Verfassungsbeschwerde gerügt werden könne²⁷. Zum anderen vermittele etwa das Recht nach Art. 137 Abs. 3 WRV ein weitreichendes Bestimmungsrecht auch über Dritte²⁸, was mit einem grundrechtlichen Charakter nicht zu vereinbaren sei. Schließlich sei der öffentlich-rechtliche Körperschaftsstatus nach Art. 137 Abs. 5 WRV allein durch die Anerkennung der öffentlichen Bedeutsamkeit der Kirchen bedingt und könne deswegen nicht im Wege einer Verfassungsbeschwerde eingefordert werden²⁹. Diese Argumente überzeugen jedoch nicht. Dem verfassungsprozessualen Vorbringen ist entgegenzuhalten, dass das Vorgehen des BVerfG im Umgang mit den Weimarer Kirchenartikeln der allgemein vom Gericht praktizierten Linie entspricht, im Rahmen der Begründetheitsprüfung einer Verfassungsbeschwerde das gesamte Grundgesetz als Maßstab heranzuziehen³⁰. Über die Sinnhaftigkeit dieses Ansatzes kann man zweifellos streiten. Seine Legitimation findet dieser Gedanke in der Annahme des BVerfG³¹, dass es sich bei der Verfassungsbeschwerde (auch) um ein »spezifisches Rechtsschutzmittel des objektiven Verfassungsrechts« handelt³². Jedenfalls betrifft dies eine Grundsatzdiskussion des Verfassungsprozessrechts, und es macht keinen Sinn, mit Blick auf Art. 140 GG spezifische Antworten zu suchen, wie die zitierten Kritiker des BVerfG meinen. Das zweite Argument verkennt, dass anderenfalls auch zahlreiche Rechtspositionen, die Art. 14 GG zugeordnet sind, und ferner das Weisungsrecht des

²⁵ So Dreier/*Morlok*, GG, III, Art. 140 Rn. 32; *Listl*, HStKiR I, S. 439 (445, 447).

²⁶ v. *Campenhause*n, DB, in: Grote/Marauhn, Religionsfreiheit, S. 588; siehe auch *ders.*, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, III, Art. 137 WRV Rn. 25 ff.; *Muckel*, Freiheit, S. 182.

²⁷ *Wieland*, Der Staat 26 (1986), 321 (324 ff.); *Hillgruber*, NVwZ 2001, 1347 (1349); vgl. auch v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, I, Art. 2 Rn. 61.

²⁸ *Wieland*, Der Staat 26 (1986), 321 (347 f.); vgl. auch *Pirson*, FS Maurer, S. 409 (411).

²⁹ *Hillgruber*, NVwZ 2001, 1347; ausführlich *ders.*, in: Grabenwarter/Lüdecke, Standpunkte, S. 79 ff.; *Muckel*, Jura 2001, 456; ähnlich auch *Ress*, DB, in: Grote/Marauhn, Religionsfreiheit, S. 585 f.; BVerwG, NJW 1997, 2396 (2398).

³⁰ *Kästner*, Justizhoheit, S. 56 f.

³¹ Allgemein dazu BVerfGE 33, 247 (259); 79, 365 (367); 98, 218 (243).

³² Dazu v. Mangoldt/Klein/Starck/*Voßkuhle*, GG, III, Art. 93 Rn. 195.

Arbeitgebers, das durch Art. 12 GG geschützt ist, keinen grundrechtlichen Schutz genießen würden. Ferner ließe sich ein stärker institutionell ausgeprägtes Verständnis von Art. 140 GG auch in dem Sinne verstehen, dass es hier um die Beziehungen des Staates zu ihm gleichgeordneten Organisationen geht. Genau dies aber soll ja vermieden werden. Die klare Unterwerfung gerade auch der traditionell etablierten, bereits von Verfassungen wegen als öffentlich-rechtlich qualifizierten Kirchen unter die staatliche souveräne Hoheitsgewalt ist bei einem grundrechtsorientierten Verständnis am besten gewährleistet.

Dem dritten der genannten Argumente ist zuzugestehen, dass die öffentliche Bedeutsamkeit religiösen Wirkens in der Tat in der historischen Entwicklung für die Schaffung des Körperschaftsstatuts maßgeblich war³³ und heute noch gerade auch vom BVerfG als Legitimation für den öffentlich-rechtlichen Körperschaftsstatus von Religionsgemeinschaften gesehen wird³⁴. In der Literatur wird zu Recht ergänzend darauf hingewiesen, dass dieser Status mit Blick auf die traditionellen christlichen Kirchen konzipiert wurde³⁵. Dies zeigt sich schon im Text mit seiner Unterscheidung von geborenen und gekorenen Körperschaften (vgl. Art. 137 Abs. 5 S. 1 und S. 2 WRV). Als Kritik an einem grundrechtsorientierten Verständnis der Weimar Artikel würde das dargestellte Argument jedoch nur überzeugen, wenn es auch vom Gehalt der Norm tatsächlich getragen würde. Dem Text kann man jedoch eine solche Annahme nicht einmal im Ansatz entnehmen³⁶. In der Sache ist dem entgegenzuhalten, dass auf der Grundlage einer bewusst offen formulierten Bestimmung auch etliche kleine Religionsgemeinschaften diesen Status erlangt haben, die kaum eine entsprechende Bedeutung besitzen.

Aus diesem und aus anderen Gründen, insbesondere wegen des in Art. 137 Abs. 1 WRV enthaltenen Verbots der Staatskirche, überzeugt auch die Annahme nicht, dass das institutionelle Staatskirchenrecht die »volkskirchliche Struktur und Funktion« der großen Kirchen »erhalten« sollte³⁷. Die staatstragende Funktion, die man von der Religion insoweit dann ebenfalls erwarten müsste, hätte im Übrigen die katholische Kirche vor dem

³³ Dazu die Darstellung bei *Hillgruber*, DVBl. 1999, 1155 (1170).

³⁴ BVerfGE 18, 385 (387); 66, 1 (20); ebenso BVerwGE 66, 241 (242).

³⁵ *Isensee*, FS Listl, S. 67 (85); v. *Campenhausen*, HStKiR I, S. 47 (76).

³⁶ *Pirson*, FS Maurer, S. 409 (420).

³⁷ So aber v. *Campenhausen*, HStKiR I, S. 47 (76); zu Recht kritisch *Renck*, BayVBl. 1999, 70 (75).

2. Vatikanischen Konzil 1964 kaum erfüllen können³⁸. So führt das BVerfG denn auch in seinem jüngsten Beschluss an, dass bei der Entscheidung über Verleihung dieses Status keine Umstände in die Beurteilung einfließen dürfen, »deren Bewertung dem religiös-weltanschaulichen Staat verwehrt ist.«³⁹. Bemerkenswert, um nicht zu sagen verräterisch, ist schließlich die Tatsache, dass das BVerfG von der besonderen Rolle der »Kirchen«⁴⁰ spricht, obwohl dieser Begriff auf christliche Religionsgemeinschaften beschränkt und damit im vorliegenden Zusammenhang verfehlt ist.

Das zweite Argument, das es gerechtfertigt erscheinen lässt, die staatskirchenrechtlichen Normen im Spiegel der allgemeinen Grundrechtsdogmatik zu betrachten, ergibt sich aus dieser selbst. Waren die Grundrechte nämlich zunächst allein als materielle Abwehrrechte gegen den Staat gedacht, ist nunmehr zu beachten, dass aus ihnen seit den siebziger Jahren in erheblichem Umfang auch organisationsrechtliche Gehalte abgeleitet werden⁴¹. So ist etwa die Rechtsprechung des BVerfG zur Wissenschaftsfreiheit bis heute sogar maßgeblich von organisationsrechtlichen Fragen geprägt⁴². Damit wird vieles, was die Art. 136 ff. WRV in Ergänzung zu Art. 4 GG ausdrücklich garantieren, bei anderen Grundrechten auf interpretatorischem Wege gewonnen. Der Annahme einer grundsätzlichen anderen Bedeutung der Weimarer Kirchenartikel als der der Grundrechte, wie sie im Zuge der Entwicklung der Grundrechtsdogmatik heute verstanden werden, ist damit der Boden entzogen.

3. Verkenntung der Spezifität von Religion?

Dem hier zugrunde gelegten Ansatz einer Einbettung des Staatskirchenrechts in allgemeine grundrechtsdogmatische Zusammenhänge ließe sich vielleicht entgegenhalten, dass damit die Spezifität von Religion und von Religionsgemeinschaften in Frage gestellt, letztere grundsätzlich privaten

³⁸ Vgl. dazu *Frowein*, in: Grote/Marauhn, Religionsfreiheit, S. 73 (74 f.); allgemein auch *Huster*, Neutralität, S. 215.

³⁹ BVerfGE 102, 370 (385).

⁴⁰ Nachweis in Fn. 34.

⁴¹ Dazu allgemein *Denninger*, HStR V, § 113; *Stern*, Staatsrecht III/1, S. 953 ff.; zu den Parallelen zu den über Art. 140 GG rezipierten Normen *Isensee*, FS Listl, S. 67 (79).

⁴² BVerfGE 35, 79 (116); 43, 242 (267 ff.); 47, 327 (386 ff.); 54, 363 (380 ff.); 55, 37 (58 ff.); 56, 192 (208 ff.); 57, 70 (94 ff.); 61, 210 (237 ff.); 85, 360 (381 ff.); 88, 129 (139 ff.); 93, 85 (94 ff.); 94, 268 (286). Zu den materiellen Schranken der Wissenschaftsfreiheit finden sich demgegenüber Ausführungen nur in BVerfGE 47, 327 (366 ff.).

Vereinen gleichgestellt werden könnten⁴³. Zugleich besteht die Sorge, dass die Perspektive der allgemeinen Grundrechtsdogmatik mit Blick auf Art. 4 und 140 GG Anlass sein könnte, das bestehende, zum Teil recht enge Verhältnis zwischen Staat und christlichen Kirchen grundsätzlich in Frage zu stellen und im Sinne einer radikalen Trennung von Staat und Kirche einerseits, einer Verdrängung aller religiöser Elemente aus dem öffentlichen Leben andererseits umzugestalten, für die sich das Grundgesetz – in bewusstem Gegensatz zu den französischen Entwicklungen – gerade nicht entschieden hat⁴⁴. Diese Sorge wird dadurch genährt, dass es durchaus Stimmen in der Literatur gibt, die für solche Versuche stehen⁴⁵. Dem ist einerseits entgegenzuhalten, dass vorliegend die besondere Rolle der Religion nicht in Frage gestellt, sondern wie erwähnt vielmehr herausgearbeitet werden soll. Allerdings kann es andererseits eine völlige Scheidung des Regimes normaler privater Vereine einerseits, Religionsgemeinschaften andererseits schon deswegen nicht geben, weil Art. 137 Abs. 4 WRV ja auf das Vereinsrecht des BGB Bezug nimmt und Art. 137 Abs. 3 WRV für öffentlich-rechtlich wie privatrechtlich organisierte Religionsgemeinschaften gilt. Der deutsche Gesetzgeber hat durch die bereits erwähnte Streichung des »Religionsprivilegs« im Vereinsrecht die aus seiner Sicht bestehende rechtliche »Normalität« der Religionsgemeinschaften noch einmal deutlich unterstrichen.

Vor allem aber ist die Sorge unbegründet, dass die hier zugrunde gelegte Annahme zu einer grundsätzlich anderen Bewertung des Verhältnisses von Staat und Kirche führt. Die allgemein anerkannte These, dass die in Art. 137 Abs. 1 WRV enthaltene Aussage, wonach keine Staatskirche besteht, nicht als Verbot jeglicher Beziehungen zwischen Staat und Kirche angesehen werden kann, dass sich der Staat vielmehr schützend und fördernd um die Belange von Religion und Kirche kümmern darf⁴⁶, weist auch und gerade mit Blick auf institutionelle Fragestellungen interessante Parallelen zu dem auf, was mit Blick auf andere geistige Freiheitsrechte, wenn auch im Wesentlichen erst seit den 70er Jahren, durchaus anerkannt ist. Dies gilt insbesondere für die Garantien, die in Art. 136 ff. WRV aus-

⁴³ *Badura*, HStKiR I, S. 211 (241); *Hesse*, ebd., I, S. 521 (522); *Kästner*, Justizhoheit, S. 140 ff.

⁴⁴ BVerfGE 42, 312 (330 f.); v. *Camphenhausen*, HStKiR I, S. 47 (58).

⁴⁵ Siehe etwa *Renck*, BayVBl. 1999, 70 (73 f.).

⁴⁶ *Heckel*, GS IV, S. 710, 734 ff.; *Jestaedt*, JRP 1995, 237 (244); *Jeand'Heur/Korioth*, Staatskirchenrecht, Rn. 161.

Stichwortverzeichnis

Bei kursiv gesetzten Stichworten sind nur die wichtigsten Fundstellen angegeben;
kursiv gesetzte Zahlen verweisen auf Fundstellen in einer Fußnote.

- Ablasshandel 31
Abstammung 120
Abtreibung 139, 150
Abweichler 119, 121, 146
Allseitigkeit 22, 96, 178
Ämter 122, 136 f., 139, 149 f.
Amerika: siehe Vereinigte Staaten von Amerika
Arbeiterwohlfahrt 173
Arbeitgeber 7, 140 ff., 158 f., 165, 170
Arbeitnehmer 16, 37, 82, 92, 124, 138 ff., 149, 155, 158 ff., 170
Arbeitsgerichtsbarkeit 124
Arbeitsrecht 19, 100, 121, 163
Arbeitsteilung 140
Arbeitsvertrag, 124, 140 f., 155
Arbeitszeit 43, 160, 164
Ausländer(recht) 45, 82, 98, 113
Austritt(srecht) 109, 119, 121, 126, 129, 143 f., 151

Bahá'í 21, 71, 87 f., 112
Beamtenrecht 141
Begründetheit
– einer Klage 127
– einer Verfassungsbeschwerde 7
Beitrag 126
Bekenntnis(freiheit) 37, 69, 91, 178
Belgien 82
Bereichsscheidungslehre 105 f., 109, 122
Berlin 89 f., 104
Berufliche Bildung 170 f.
Berufsfreiheit 7, 27, 29, 32 f., 42, 66, 100, 108, 142, 149, 159, 162 ff.
Betriebsrat 92 f., 100, 124, 160, 168
Betriebsverfassung 4, 19, 157, 180; s.a. Betriebsrat

Bibel 26, 54, 56 f., 62, 64
Bildungseinrichtungen 37, 62, 70;
s.a. Schule
Bluttransfusion 37
Buchhalter 140, 143 ff., 153
Buchreligion 57
Bulgarien 83

Caritas 16, 63, 144, 172
Christenlehre 103
Christentum 1 ff., 21, 26, 42, 57, 60, 70 f., 79; s.a. Caritas, Diakonie, Evangelisch, Katholisch, Kirche, Kreuz, Nächstenliebe

Dachverband 75, 77, 79, 89, 101, 162
Dänemark 40, 117
Datenschutz 16
Demokratie 72, 85, 113, 162, 177
Denkmalpflege 14
Deutschland 1 ff., 13, 180
– Einheit 2
– Ostdeutschland 2, 76, 103 f., 181
Diakonie 16, 63, 93, 99, 135, 145, 172
Diaspora 151 f.
Dienstgemeinschaft 140 ff.
Dienstrecht 39, 140 ff.
Diskriminierung 14, 16, 80, 102, 155, 169;
s.a. Gleichheit, Parität
Doppelmitgliedschaft 25 f., 28, 177

Ehe(recht) 65, 120, 139 ff., 148 ff.;
s.a. Mehrehe
Eid(espflcht) 26, 130
Eigentum 7, 32, 52, 66, 129, 162, 175
Eintritt(srecht) 119, 131 f., 134
Eltern: s. Erziehungsberechtigte

- EMRK 12 f., 22, 32, 39, 40, 48, 53, 59 f., 83, 154, 169 f.
- England 117; s.a. Vereinigtes Königreich
- Erscheinungsbild (äußeres) 21
- Erzieher 139
- Erziehungsberechtigte 3, 76, 97, 101, 103
- Europa 1, 3
- Europäische Gemeinschaft 15 ff., 155 f., 167 ff., 180
- Europäische Grundrechtecharta 13, 17
- Europäische Union:
s. Europäische Gemeinschaft
- Europarat 17
- Evangelisch(e Kirche) 5, 57, 64, 73, 91, 165, 170
- Familie 142
- Finanzierung 15, 34, 85, 112, 173, 177
- Forschung s. Wissenschaft
- Forum internum 49 f.
- Frankreich 13 ff., 17 f., 24, 39, 59, 64, 73, 82, 153, 155
- Friedensgebot 110
- Friedhof 132
- Fütterung 42
- Gebet 38, 49
- Gefängnis 15
- Gehör 134
- Gemeinde 81, 129 f.
- Gerichte 4
– religiöse 19, 59, 105, 107, 122 ff., 139
– Schiedsgerichte 127, 133 f., 179
– staatliche 106, 111, 114, 117, 122 ff., 136, 146, 179
- Gerichtsverfahren 127
- Gesetze, allgemeine/für alle geltende 2, 53, 70, 100, 105, 108 ff., 113, 119, 152, 177, 181
- Gesetzesvorbehalt 52, 80, 108
- Gesundheit 52, 172
- Gewinn(orientierung)
- Gewissensfreiheit 23 ff., 47, 55, 58, 143, 155
- Glaubensgemeinschaft 22 ff., 27 f., 55, 57, 81, 97; s.a. Religionsgemeinschaft
- Glaubwürdigkeit 140 ff.
- Gleichheit 26, 159, 163, 166, 173;
s.a. Diskriminierung, Parität
- Gott 23, 60
- Gottesdienst 38, 49
- Griechenland 83
- Grundbesitz 174
- Grundrechte 59, 176
– Abwehrrecht 9, 19
– Grundrechtshilfe 79, 82 ff.
– Grundrechtsinterpretation 28, 35, 44
– Schutzbereich 43, 95
– Schutzpflicht 133, 159, 163, 166 f.
- Güterabwägung 106 ff., 122, 142, 148, 151, 153
- Handlungsfreiheit 6, 41, 50, 55, 66, 108
- Hierarchie 71 ff., 88, 160
- Hochschulen
- Homosexualität 155
- Identität 16 f., 51
- Imam 82
- Insolvenz 173 ff.
- Internationales Privatrecht 123, 148
- Irland 63
- Islam 1, 4, 21, 42, 56 ff., 62, 64, 70, 73 ff., 99, 154; s.a. Dachverband, Imam, Minarett, Moschee(verein), Moslem, Muezzin, Religionsunterricht
- Journalist 43
- Judentum 21, 59, 81, 83 f., 120, 129 f., 135, 137 f., 153
- Jugendreligionen 29
- Juristische Person 37, 46, 60 f., 70, 95
- Justizgewährleistungsanspruch 122 ff., 149, 179
- Karitatives Handeln 156, 162, 173;
s.a. Nächstenliebe
- Katholische Kirche 8, 15, 49, 64 f., 72 ff., 90 ff., 101, 120, 130, 138 ff., 150, 155, 165
- Kassierer 141
- Kinder 17, 148
- Kindergarten 99 f., 132, 139, 168
- Kirche 14; s.a. Christentum
- Kirchenasyl 39, 45, 51, 62, 64
- Kirchengutsgarantie 6, 63, 89, 174
- Kirchensteuer 6, 34, 114 f., 123
- Kleidung 39; s.a. Kopftuch
- Koch 144 f.
- Kompetenz 45

- Konsens (religiöser) 22, 25, 69, 98, 102, 178
 Konsequenz 65 ff., 151 ff., 180
 Kopftuch 17, 39
 Koran 56, 64
 Koranschule 78
 Koscher 40, 153, 155
 Krankenhaus 15 f., 37, 62 f., 70, 80 f., 89, 92, 94, 99, 112, 139, 144, 150, 155, 168, 171 ff.
 Kreuz 17, 39, 49, 79, 85
 Kündigung 65 f., 92, 139 ff., 147, 150, 153
 Kunst(freiheit) 4, 11, 32, 43, 84, 86, 95, 113, 157, 162

 Laizismus 11, 13 ff., 17 f.
 Leben
 – nach religiösen Vorschriften 36, 40 f., 44, 54 f., 61, 65, 113 f., 139, 142, 147, 152 f., 176
 – Recht auf Leben 52, 108
 Lehre 2, 23, 55 f., 61, 64, 106 f., 118, 121, 142, 146 f., 151, 176
 LER 104
 Letztentscheidung(srecht) 115, 146, 180
 Loyalität(sobliegenheiten bzw. -pflichten) 19, 92, 100, 120 f., 139 ff., 150, 155, 180

 Mehrehe 39, 51
 Meinungsbildung 84
 Meinungsfreiheit 4, 24, 27, 66, 109, 113, 142, 148 f., 154 f., 162, 177
 Menschenwürde 27, 53, 107
 Minarett 52
 Missionsvereinigung 162
 Mitarbeitervertretung 92, 124, 135, 157, 162 f., 168
 Mitgliedschaft 22, 66, 69, 78, 91, 94, 96 ff., 102 ff., 113, 131, 136 f., 178 f.; s.a. Doppelmitgliedschaft
 Mormonen 39, 140
 Moschee 14, 50 f.
 Moscheeverein 75, 96, 98, 101, 162
 Moslem 17, 39, 75
 Motivation (religiöse) 4, 24, 35, 41, 43, 47, 56
 Muezzin 50, 52

 Nächstenliebe 36 ff., 42, 44 f., 54, 62
 Neutralität 11, 15

 Norwegen 117

 Öffentlichkeitsarbeit 84 ff.
 öffentlich-rechtlicher Körperschaftsstatus 6 f., 31, 71, 78 f., 85, 88, 90 f., 108 f., 112, 116, 118, 120, 123, 136, 157, 175
 Österreich 13, 52, 155
 ordentliche Gerichtsbarkeit 124 f.
 Ordnung 105, 114 ff.
 Ordre public 127, 134, 148
 Organisationsrecht 11, 18 f., 71, 82 ff., 95 ff., 112 f., 121, 135 ff., 171 ff., 178
 Orthodoxe Kirche 83

 Parität 15, 109, 113, 116; s.a. Gleichheit
 Parteien 116, 128, 157
 Persönlichkeit(srecht) 23, 147
 Personalvertretung 92, 157, 163 f.
 Pfarrer 75, 103, 142 ff.
 Pflichten (religiöse) 37, 47, 54 ff., 70, 147, 177
 Polen 64
 Presse(freiheit) 32, 43, 157, 177
 Presseverband 162
 Privatautonomie 115, 120, 133, 140
 Privatleben 139 ff., 150, 155, 165 f., 180
 Privatpatient 63
 Privatrechtliche Organisation 70 ff., 112 f., 116 f.
 Privatschulen 15, 40, 65
 Prophet 23

 Rechenzentrum 171
 Recht
 – autonomes 118, 136, 147, 179
 – Nichtrecht 117 f.
 – rein innerkirchliches 118, 147, 179
 – religiöses (kirchliches) 100 114 ff., 123 ff., 179
 – staatliches 60 f., 114 ff., 123 ff.
 – weltliches 18, 106, 115 ff., 179
 Rechtsetzung 19, 115
 Rechtsprechung 19, 122, 126;
 s.a. Gerichte
 – Monopol 133
 Rechtsschutz 122 ff., 146
 Rechtsstaat 135, 162
 Rechtsvergleichung 13, 154
 Reinigungskräfte 153

- Religion* 1 ff., 21 ff., 38 f., 50, 71 ff., 113 f.,
 150; s.a. Leben nach religiösen
 Vorschriften
Religionsausübung 40, 49, 55
Religionsfreiheit 1 ff., 18
 – Eingriff 19, 51, 53
 – individuelle 5, 22, 25 f., 57, 76 f., 101
 – kollektive 37, 60 ff., 77 ff.
 – negative 109, 119
 – Schranken 6, 11, 19, 29, 50 ff.
 – Schutzbereich 4, 22 ff., 34, 42, 44 ff., 61
Religionsgemeinschaften 22 ff., 35 ff., 54,
 57 ff., 60 ff., 69 ff., 77 ff., 87 ff., 96 ff.,
 116 ff., 178
 – Selbstverwaltungsrecht 5 ff., 77, 80, 88,
 91 ff., 99 ff., 105 ff., 161 f.
 – Eingriff 110
 – Schranken 108 ff., 161
Religionskunde 86, 102
Religionslehrer 78
Religionsprivileg 2, 10
Religionsunterricht 4, 18 76 ff., 86, 97,
 102 ff.
 – islamischer 4, 89, 94, 101 ff.
 – ökumenischer 102
Restaurant 153, 155
Richter 134
Rotes Kreuz 173
Rundfunk(freiheit) 11, 15, 157

Schächten 22, 38, 40, 54, 58, 76 f., 83, 89
Scheidung 59, 65 f., 139, 150
Schottland 117
Schreibkraft 144
Schüler 17, 97, 103
Schule 3, 15, 17, 39, 42, 62, 85, 89, 140,
 151 f., 168; s.a. Kruzifix; Kopftuch;
 LER; Religionskunde; Religionslehrer;
 Religionsunterricht; Sportunterricht
Schulaufsicht 78
Schweden 31, 117
Schweiz 13, 31, 39, 40
Schwerpunkt 30
Scientology Church 2, 14, 26, 30, 34, 47 f.,
 177
SED 2
Selbstverständnis 41 f., 97, 111, 149, 160
Sondernutzungserlaubnis 31
Souveränität 8, 72, 123
Sozialberatung 37, 62

Sozialschädlichkeit 29
Sozialstaatsprinzip 158
Spanien 155
Speisevorschriften 145, 153;
 s.a. Schächten
Sport 107 f., 118, 128, 135
Sportunterricht 54, 56 f., 76 f.
Staatskirche 5, 8, 11, 13, 85, 117
Staatskirchenrecht 1, 5 ff., 17, 80
Standesamt 120
Straße(nrecht) 31, 43
Synkretismus 28

Tarifvertrag(sfreiheit) 92, 116, 128, 157
Tatsachen(feststellung) 118, 130, 149
Taufe 119, 121, 136, 142
Tendenzschutz 16, 33, 92, 142 f., 151, 154,
 157 ff.
Tierschutz 42, 54, 76 f.
Todesstrafe 119
Tradition 12, 16 f., 45, 79 f., 89, 115, 158,
 161
Transzendenz 22 f.
Trennung (von Staat und Kirche) 10, 13,
 85, 105
Tschechische Republik 52

Umsatzsteuer 65, 140, 144
Unabhängigkeit 134
Unternehmen: s. wirtschaftliche
Betätigung
USA: s. Vereinigte Staaten von Amerika

Verein 10, 23, 30, 61, 108 f.
 – Monopolvereine 131 f.
 – religiöser V. 23, 49, 61, 69 ff., 75, 78, 81,
 87 ff., 136, 142, 154, 176
 – Vereinsautonomie 71, 115, 133
 – Vereinssatzung 71, 112, 125, 129, 132,
 177
 – Vereinsstrafe 129
Vereinigungsfreiheit 5, 27, 70, 77, 99, 108,
 111, 121, 128
 – negative 119
 – religiöse V. 6, 11, 70, 112
Vereinigte Staaten von Amerika 2, 24, 31,
 34, 39, 47
Vereinigtes Königreich 13, 31, 39, 64
Vereinsrecht 2, 70 ff., 112 f., 115, 117, 121,
 130, 136

- Verfassungsbeschwerde 6 f., 123, 125
Verhältnismäßigkeit 29, 53, 107, 109 ff.
Vermögen 19, 121 f., 173 f.
Vertrag 115, 128, 132
Versammlungsfreiheit 27, 43
Verwaltung 105, 122 ff.
Verwaltungsgerichtsbarkeit 124
Vollstreckung 133 f., 174
Vorwand 30, 147
- Wahlen 135, 165, 168
Wahrheitsanspruch 29, 72
Weltanschauung(sfreiheit, -sgemeinschaften) 23 f., 159, 161
- Weltbild 24
Werbung 32, 47, 84
Wertordnung (des Grundgesetzes) 5
Wesensgehalt 107
Widmung 174
Willkürverbot 149
Wirtschaft(liche Betätigung) 2, 19, 26 f., 30 f., 34, 47, 63, 168, 170 ff., 177
Wissenschaft(sfreiheit) 4, 11, 18, 32 ff., 42, 44, 84, 86, 95, 113, 157, 162, 164
- Zeugen Jehovas 65
Zulässigkeit (einer Klage) 127
Zuständigkeit 22, 134
Zuwanderung 1

Jus Publicum

Beiträge zum Öffentlichen Recht – Alphabetische Übersicht

- Axer, Peter:* Normsetzung der Exekutive in der Sozialversicherung. 2000. *Band 49.*
- Bauer, Hartmut:* Die Bundestreue. 1992. *Band 3.*
- Beaucamp, Guy:* Das Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung im Recht. 2002. *Band 85.*
- Becker, Joachim:* Transfergerechtigkeit und Verfassung. 2001. *Band 68.*
- Blanke, Hermann-Josef:* Vertrauensschutz im deutschen und europäischen Verwaltungsrecht. 2000. *Band 57.*
- Böhm, Monika:* Der Normmensch. 1996. *Band 16.*
- Bogdandy, Armin von:* Gubernative Rechtsetzung. 2000. *Band 48.*
- Brenner, Michael:* Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14.*
- Britz, Gabriele:* Kulturelle Rechte und Verfassung. 2000. *Band 60.*
- Burgi, Martin:* Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe. 1999. *Band 37.*
- Butzer, Hermann:* Fremdsten in der Sozialversicherung. 2001. *Band 72.*
- Calliess, Christian:* Rechtsstaat und Umweltstaat. 2001. *Band 71.*
- Classen, Claus Dieter:* Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13.*
- Religionsfreiheit und Staatskirchenrecht in der Grundrechtsordnung. 2003. *Band 100.*
- Danwitz, Thomas von:* Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17.*
- Detterbeck, Steffen:* Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11.*
- Di Fabio, Udo:* Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8.*
- Dörr, Oliver:* Der europäisierte Rechtsschutzauftrag deutscher Gerichte. 2003. *Band 96.*
- Enders, Christoph:* Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27.*
- Epping, Volker:* Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32.*
- Fehling, Michael:* Verwaltung zwischen Unparteilichkeit und Gestaltungsaufgabe. 2001. *Band 79.*
- Felix, Dagmar:* Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34.*
- Fisahn, Andreas:* Demokratie und Öffentlichkeitsbeteiligung. 2002. *Band 84.*
- Frenz, Walter:* Selbstverpflichtungen der Wirtschaft. 2001. *Band 75.*
- Gellermann, Martin:* Grundrechte im einfachgesetzlichen Gewande. 2000. *Band 61.*
- Gröpl, Christoph:* Haushaltsrecht und Reform. 2001. *Band 67.*
- Gröschner, Rolf:* Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4.*
- Groß, Thomas:* Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation. 1999. *Band 45.*
- Grzeszick, Bernd:* Rechte und Ansprüche. 2002. *Band 92.*
- Gurlit, Elke:* Verwaltungsvertrag und Gesetz. 2000. *Band 63.*
- Häde, Ulrich:* Finanzausgleich. 1996. *Band 19.*
- Hase, Friedhelm:* Versicherungsprinzip und sozialer Ausgleich. 2000. *Band 64.*
- Heckmann, Dirk:* Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28.*

- Heitsch, Christian:* Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder. 2001. *Band 77.*
- Hellermann, Johannes:* Örtliche Daseinsvorsorge und gemeindliche Selbstverwaltung. 2000. *Band 54.*
- Hermes, Georg:* Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29.*
- Hösch, Ulrich:* Eigentum und Freiheit. 2000. *Band 56.*
- Hohmann, Harald:* Angemessene Außenhandelsfreiheit im Vergleich. 2002. *Band 89.*
- Holznagel, Bernd:* Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18.*
- Horn, Hans-Detlef:* Die grundrechtsunmittelbare Verwaltung. 1999. *Band 42.*
- Huber, Peter-Michael:* Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1.*
- Huster, Stefan:* Die ethische Neutralität des Staates. 2002. *Band 90.*
- Ibler, Martin:* Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 43.*
- Jestaedt, Matthias:* Grundrechtsentfaltung im Gesetz. 1999. *Band 50.*
- Kadelbach, Stefan:* Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band 36.*
- Kammerer, Jörn Axel:* Privatisierung. 2001. *Band 73.*
- Kahl, Wolfgang:* Die Staatsaufsicht. 2000. *Band 59.*
- Kaufmann, Marcel:* Untersuchungsgrundsatz und Verwaltungsgerichtsbarkeit. 2002. *Band 91.*
- Kischel, Uwe:* Die Begründung. 2002. *Band 94.*
- Koch, Thorsten:* Der Grundrechtsschutz des Drittbetroffenen. 2000. *Band 62.*
- Korioth, Stefan:* Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23.*
- Kluth, Winfried:* Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26.*
- Kugelman, Dieter:* Die informatorische Rechtsstellung des Bürgers. 2001. *Band 65.*
- Langenfeld, Christine:* Integration und kulturelle Identität zugewanderter Minderheiten. 2001. *Band 80.*
- Lehner, Moris:* Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5.*
- Leisner, Anna:* Kontinuität als Verfassungsprinzip. 2002. *Band 83.*
- Lepsius, Oliver:* Besitz und Sachherrschaft im öffentlichen Recht. 2002. *Band 81.*
- Lorz, Ralph Alexander:* Interorganrespekt im Verfassungsrecht. 2001. *Band 70.*
- Lücke, Jörg:* Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2.*
- Luthe, Ernst-Wilhelm:* Optimierende Sozialgestaltung. 2001. *Band 69.*
- Mann, Thomas:* Die öffentlich-rechtliche Gesellschaft. 2002. *Band 93.*
- Manssen, Gerrit:* Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9.*
- Masing, Johannes:* Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30.*
- Mörtl, Markus:* Die staatliche Garantie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. 2002. *Band 87.*
- Morgenthaler, Gerd:* Freiheit durch Gesetz. 1999. *Band 40.*
- Morlok, Martin:* Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6.*
- Niedobitek, Matthias:* Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge. 2001. *Band 66.*
- Oeter, Stefan:* Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33.*
- Pache, Eckhard:* Tatbestandliche Abwägung und Beurteilungsspielraum. 2001. *Band 76.*
- Pauly, Walter:* Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7.*
- Pielow, Johann-Christian:* Grundstrukturen öffentlicher Versorgung. 2001. *Band 58.*
- Poscher, Ralf:* Grundrecht als Abwehrrechte. 2003. *Band 98.*

- Puhl, Thomas*: Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15*.
Reinhardt, Michael: Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24*.
Remmert, Barbara: Private Dienstleistungen in staatlichen Verwaltungsverfahren. 2003. *Band 95*.
Rodi, Michael: Die Subventionsrechtsordnung. 2000. *Band 52*.
Rossen, Helge: Vollzug und Verhandlung. 1999. *Band 39*.
Rozek, Jochen: Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31*.
Ruffert, Matthias: Vorrang der Verfassung und Eigenständigkeit des Privatrechts. 2001. *Band 74*.
Sacksofsky, Ute: Umweltschutz durch nicht-steuerliche Abgaben. 2000. *Band 53*.
Šarčević, Edin: Das Bundesstaatsprinzip. 2000. *Band 55*.
Schlette, Volker: Die Verwaltung als Vertragspartner. 2000. *Band 51*.
Schmidt-De Caluwe, Reimund: Der Verwaltungsakt in der Lehre Otto Mayers. 1999. *Band 38*.
Schroeder, Werner: Das Gemeinschaftrechtssystem. 2002. *Band 86*.
Schulte, Martin: Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12*.
Sobota, Katharina: Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22*.
Sodan, Helge: Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20*.
Sommermann, Karl-Peter: Staatsziele und Staatszielbestimmungen. 1997. *Band 25*.
Storr, Stefan: Der Staat als Unternehmer. 2001. *Band 78*.
Trute, Hans-Heinrich: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10*.
Uerpmann, Robert: Das öffentliche Interesse. 1999. *Band 47*.
Unruh, Peter: Der Verfassungsbegriff des Grundgesetzes. 2002. *Band 82*.
Wall, Heinrich de: Die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 46*.
Wolff, Heinrich Amadeus: Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz. 2000. *Band 44*.
Volkmann, Uwe: Solidarität – Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35*.
Voßkuhle, Andreas: Das Kompensationsprinzip. 1999. *Band 41*.
Weiß, Wolfgang: Privatisierung und Staatsaufgaben. 2002. *Band 88*.
Ziekow, Jan: Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21*.

